

Selbstorganisierte Gruppen im Zusammenspiel mit Verwaltung und Politik

Überlegungen zur Entwicklung eines Feldes mit Zukunftspotenzial

Martina Nies • Marion Stock

Es gehört zu unserem demokratischen Selbstverständnis, dass sich die Zivilgesellschaft aktiv in die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens sowie in die Entwicklung und Planung von Städten und Gemeinden einbringt. Über das (parteiliche) Engagement in den Ratsfraktionen hinaus bieten Verwaltung und Politik rechtlich gerahmte Beteiligungsverfahren (z. B. in der Stadtplanung) sowie neue Beteiligungs- und Partizipationsformate (Bürgerworkshops, Onlineforen etc.), in denen Einwohner/innen ihre Meinungen, Einschätzungen und Wünsche äußern können

Darüber hinaus wird die Zivilgesellschaft selbst aktiv. Mit ihren eigenständig organisierten Initiativen und Projekten bildet sie eine wesentliche Säule der Gestaltungs- und Veränderungsprozesse in unseren Kommunen. Menschen wollen sich aktiv in die Entwicklung »ihrer« Stadt einbringen. Sie wollen in unterschiedlichen Kontexten Einfluss nehmen, mitgestalten und teils auch mitbestimmen, in welche Richtung es geht.

Eine besondere Dynamik haben dabei in den letzten Jahren selbstorganisierte Initiativen und Gruppen erfahren: Davon zeugen die im Jahr 2015 deutschlandweit unzähligen entstandenen Initiativen zur Flüchtlingshilfe (vgl. Gesemann/Seidel/Mayer 2019), die Bildung von Ortsgruppen großer Bewegungen, wie Fridays for Future oder auch Transition Town, sowie lokale Initiativen zur Stärkung von Klimaschutz, zur Initiierung von Bürgerbegehren für mehr Radverkehr (»Radentscheid«) oder eine soziale Wohnbaupolitik. Diese Gruppen bilden sich häufig spontan aufgrund eines bestimmten Anliegens, sind offen für Engagement in unterschiedlicher Intensität und Dauer und setzen auf breite Kollaboration, kooperieren häufig mit alteingesessenen Vereinen und Verbänden und schaffen so Netzwerke (Nies, Ahaus 2020).

Die selbstorganisierten Gruppen sind dabei sehr divers aufgestellt. Sie unterscheiden sich:

- im **thematischen Fokus** (nachhaltige Transformation, Verkehrswende Integration, Inklusion, Kultur etc.).
- in der **Handlungsebene**, auf der sie wirken, wie z.B. selbstorganisierte Projekte und Initiativen, Einbringen in offizielle Beteiligungsverfahren oder politische Entscheidungsprozesse, spontane Aktionen und Proteste. Eine besondere Form bilden die so genannten »Räte«, da diese einen unterschiedlichen Grad der Institutionalisierung aufweisen können (von selbst organisierten Gruppen eingefordert bis hin zu von Verwaltung und Politik eingerichtet).
- im **Grad ihres autonomen Handelns bzw. im Grad der Kooperation mit Verwaltung und Politik**. Dieses spielt sich in einem Kontinuum von informellen Aneignungsprozessen bis hin zu formellen Rahmungen durch Verwaltungshandeln ab. Zudem wird die Notwendigkeit zur Kooperation bestimmt durch die Abhängigkeit von Handlungshoheiten oder Genehmigungen.

Überlegungen zur Arbeit im Thementeam

»Selbstorganisierte Gruppen im Spannungsfeld von Eigenständigkeit und Kooperation mit der Kommune«

- in ihrer **Zielrichtung**: Aktions- und Protestgruppen wollen Aufmerksamkeit für bestimmte Themen und deren Berücksichtigung in politischen Entscheidungen sowie im Verwaltungshandeln erreichen. Räte und Selbsthilfegruppen setzen sich in erster Linie für zivilgesellschaftliche Beteiligung an strategischen Entwicklungs- und Umsetzungsprozessen ein (mit oder ohne thematischen Fokus). Viele Verbände, Vereine und Initiativen bieten ein thematisch fokussiertes, dauerhaftes Angebot. Davon zu unterscheiden sind selbstorganisierten Gruppen, denen es in erster Linie um offene Begegnungsorte geht und darum, Stadtentwicklung und gesellschaftliche Transformation erlebbar zu machen.

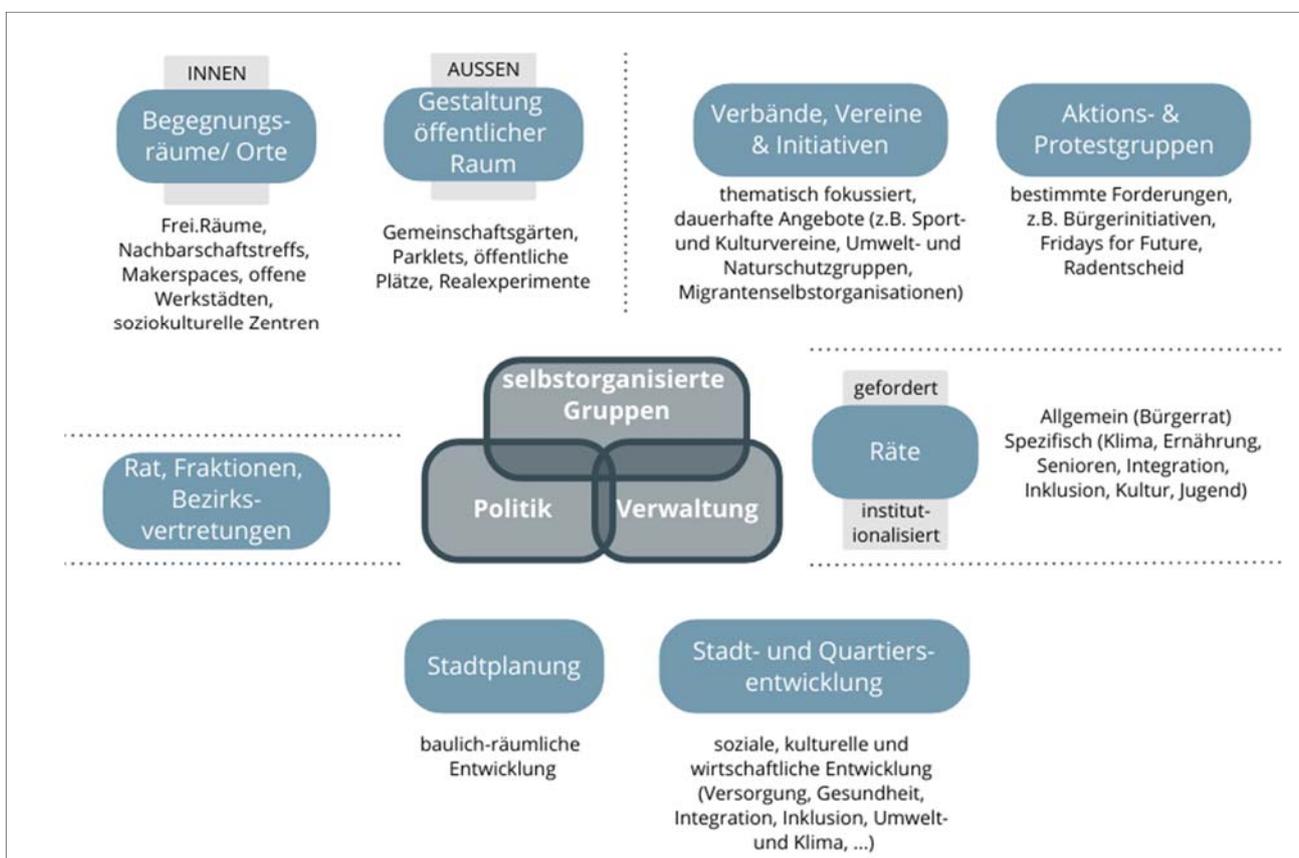


Abb. 1: Systematisierung selbstorganisierter Gruppen, Verwaltung und Politik (Martina Nies, eigene Darstellung)

Vor allem die selbstorganisierten Gruppen, die im öffentlichen Raum, Aktionen veranstalten, Straßen, Plätze und Parks gestalten oder in ehemaligen Ladenlokalen offene Orte der Begegnung und des gemeinsamen Wirkens schaffen, sind für Politik und Verwaltung von Interesse.

Ob urbaner oder ländlicher Raum – sie organisieren offene Orte der Begegnung, in denen unterschiedliche Menschen und Perspektiven aufeinandertreffen, in denen Aushandlungsprozesse stattfinden, Ambiguitätstoleranz und Selbstwirksamkeit eingeübt werden – alles wichtige Aspekte für eine funktionierende Demokratie.

Zudem berühren sie durch ihre Aktivitäten an verschiedenen Punkten Aufgabengebiete von kommunalen Verwaltungen. Durch ihre agilen Organisationsformen und die Vernetzung mit und von lokalen Akteuren haben selbstorganisierte Gruppen andere Handlungsmöglichkeiten und -spielräume als Verwaltungen.

Dabei sind selbstorganisierten Gruppen zum einen auf die Unterstützung und Kooperation der Verwaltung u.a. bei Genehmigungen angewiesen. Zum anderen fangen sie als Anlaufstelle für unterschiedliche Menschen viele Dynamiken und Perspektiven ein. Sie generieren dadurch Informationen und Stimmungsbilder, welche für die Verwaltung bedeutsam sein können, um beispielsweise Bauvorhaben, Stadtentwicklungsprozesse und Programme bürgernah zu gestalten. Sie erreichen Menschen, die nicht oder nur schwer durch gängige Beteiligungsverfahren erreichbar sind. Zudem können diese Gruppen insgesamt schneller und experimenteller agieren als eine Verwaltung mit ihrem festen Handlungsrahmen.

Zugleich sind Politik und Verwaltung auch auf wirksame zivilgesellschaftliche Initiativen angewiesen. Denn durch die strukturellen Veränderungen der letzten Jahre in Gesellschaft und Verwaltung sind Leerstellen entstanden. Dazu gehören beispielsweise fehlende Orte des gemeinschaftlichen Miteinanders, Kürzungen staatlicher Aktivitäten im sozialen Bereich bis hin zu neuen gesellschaftlichen Herausforderungen. »Selbst wenn wir das große Ganze nicht immer verändern können, wäre die Füllung der Zwischenräume mit kollaborativen Herangehensweisen ein wichtiger Schritt in Richtung einer vertieften Demokratie, eines besseren Zusammenlebens, gerechter verteilter Bildungschancen oder einer neuen Qualität der Arbeitsbedingungen.« (Terkessidis 2015, S. 12).

In diversen Praxisbeispielen zeigt sich, dass ein gelungenes Zusammenspiel von Verwaltung, Politik und selbstorganisierten Gruppen vorteilhaft für die demokratische Entwicklung und Transformation von Gesellschaft und Kommunen ist. Sie bietet vielfältige Möglichkeiten, um neue Gestaltungsinstrumente der Stadtentwicklung zu finden, welche unterschiedliche Kompetenzen und Handlungsräume effektiv zusammenbringen.

Und das ist auch notwendig, denn mit der Transformation der Stadtentwicklung geht auch eine Transformation der Instrumente einher. »Die Struktur des Problems ist nicht die Struktur der Lösung«, so bringt es Wissenschaftstheoretiker Matthias Varga von Kibéd auf den Punkt. Eine Stadtentwicklung, die am Planungstisch in kleiner Runde Lösungswege erarbeitet, ist nicht mehr angemessen. Vielmehr braucht es kooperative und co-kreative Prozessgestaltungen, welche die Kompetenzen effektiv nutzen, aktiv und zielorientiert mit Widerständen umgehen und in konsensorientierten Entscheidungsverfahren akzeptierte und machbare Lösungen produzieren. Kennzeichen dieser Prozesse ist, dass sie ergebnisoffen Freiräume schaffen für Gestaltung und Erfahrung. Stadt will gelebt werden, nicht gedacht (Nies 2021). Es ist an uns, diese Chance zu nutzen.

Literatur

- Gesemann, Frank/Seidel, Alexander/Mayer, Margit (2019): Entwicklung und Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen, vhw-Schriftenreihe 13, 2019, Berlin.
- Nies, Martina; Ahaus, Björn (2021) Transformation von unten gestalten. Das Fachgeschäft für Stadt Wandel als Ort des sozial-ökologischen Wandels im Quartier. In: *dérive* No. 85, Okt-Dez 2021; erstmals veröffentlicht in: Engler, Janik, Wolf (Hrsg, 2020) *Energiewende und Megatrends. Wechselwirkungen globaler Gesellschaftsentwicklung und Nachhaltigkeit*, Transcript-Verlag, S. 367-384
- Nies, Martina (2021): Stadt ist Lebensraum. In: *polis Magazin REFLECTION* 02/2021 S. 32-33

Autorinnen

Martina Nies ist freiberufliche systemische Beraterin und Projektentwicklerin. Unter ihrem Label *herdenintelligenz* (www.herdenintelligenz.de) begleitet sie co-kreativ Entwicklungs- und Planungsprozesse in und für Initiativen, NPOs, Kommunen sowie Universitäten und Forschungseinrichtungen. Thematische Schwerpunkte sind Stadt, Klima und Engagement. Ein Thema, das sie besonders beschäftigt, sind selbstorganisierte Gruppen in der transformativen Stadtentwicklung. Durch ihr freiwilliges Engagement in der Initiative für Nachhaltigkeit e. V. und dem »Fachgeschäft für Stadt Wandel« in Essen kennt sie auch die Innensicht selbstorganisierter Gruppen.

Marion Stock ist Referentin für Demokratie und Bürgerbeteiligung bei der Stiftung Mitarbeit in Bonn. Sie ist hierbei unter anderem für das Management des Netzwerks Bürgerbeteiligung und des Netzwerks Kommunale Partizipationsbeauftragte (NeKoPa) zuständig.

Redaktion Netzwerk Bürgerbeteiligung

Netzwerk Bürgerbeteiligung

c/o Stiftung Mitarbeit

Am Kurpark 6 | 53177 Bonn

E-Mail: redaktion@netzwerk-buergerbeteiligung.de